

UKRAINE - EIN REISEBERICHT

Franziska Rich und ich haben mit anderen Personen im Mai an einer privaten Reise durch die Ukraine teilgenommen, die durch die Paulus-Akademie und das Institut G2W organisiert war. Wir haben die Städte Odessa, Kyiv (Kiew) und Lviv (Lemberg) besucht und sind mit reichen Eindrücken, aber auch nachdenklich zurückgekommen. Positiv am Konzept der Reise waren die vielen Begegnungen mit Ukraininerinnen und Ukrainern. Sie haben uns Einblicke gegeben in die Geschichte und die Gegenwart eines Landes, das in den zwei letzten Jahrhunderten immer wieder im Fadenkreuz von Konflikten stand und heute mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Polen, Österreich-Ungarn, Russland, das Deutsche Reich, Rumänien, die Sowjetunion haben Teile der heutigen Ukraine beherrscht und Spuren hinterlassen. Davon zeugen z.B. die Opernhäuser und zahlreiche Herrschaftshäuser in Odessa und Lviv oder stalinistische Regierungsgebäude in Kyiv. Man sieht Kirchen, Synagogen und Moscheen, welche von der Vielfalt der Glaubenszugehörigkeit zeugen, wobei die orthodoxen Kirchen in der Mehrheit sind. Der Zustand der Häuser ist unterschiedlich, neben Neubauten sind uns viele renovationsbedürftige Gebäude aufgefallen. Besonders bedrückend sind die Gedenkstätten für die Opfer des Holocaust und des Holodomor (Hunger-Massensterben von Millionen ukrainischer Bauern, verursacht durch die von Moskau brutal durchgesetzte Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1932/33). Am Majdan-Platz in Kyiv stehen Mahnmale für die etwa 100 Personen, welche 2014 bei den Demonstrationen gegen die damalige Regierung ums Leben kamen. Und seit dieser Zeit ist die Ukraine im Konflikt mit Russland: gerade in der Woche, die wir in der Ukraine verbrachten, sind etwa 10 Personen, auch Zivilisten im Osten des Landes umgekommen durch Scharmützel Truppen der sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donetzk und ukrainischen Soldaten. Der Krieg erschwert auch, dass sich das Land wirtschaftlich rasch entwickeln kann. Dafür sind allerdings auch andere Faktoren verantwortlich, z.B. die immer noch grassierende Korruption. Viele unserer ukrainischen Gesprächspartner haben darauf hingewiesen. Der IWF beispielsweise macht seine weitere Unterstützung der Ukraine unter anderem von Fortschritten in der Korruptionsbekämpfung abhängig. Oligarchen üben weiterhin einen grossen Einfluss auf die Wirtschaft aus und beeinflussen über das Parlament und über die Medien die Politik. Dies führt dazu, dass die Bevölkerung kein Vertrauen in den Staat hat, auch nicht in die Gerichte.

Es gibt aber auch Lichtblicke. Wirtschaft und Währung haben sich stabilisiert, die Staatsaufträge müssen neu im Internet, d.h. transparent ausgeschrieben werden, eine Gesundheits- und Gemeindereform ist im Gange. Auffallend ist die ausgesprochene Orientierung hin zur EU: an offiziellen Gebäuden hängt die ukrainische und die Europafahne und angeschrieben sind die Ministerien auf ukrainisch und englisch. Das Russische, immerhin die primäre Sprache von 24% Ukrainerinnen und Ukrainer (29% sind zweisprachig), ist nicht landesweite Amtssprache (nur Amtssprache in bestimmten Regionen), und es gibt Tendenzen, den Unterricht des Russischen auf Minderheitenschulen zu beschränken. Das birgt weiteres Konfliktpotential.

Erfreulicherweise konnten Franziska und ich in Kyiv Sasha Romantsova treffen, die stv. Leiterin des Center for Civil Liberties CCL, einer Menschenrechtsorganisation, die wie die SHV auch Mitglied der Civic Solidarity Platform (CSP) ist. Gegründet 2006, hat das CCL heute folgende Aufgaben: Beratung von Regierungsstellen und Lobbying im Parlament bei Gesetzgebungen, die menschenrechtliche Aspekte haben, z.B. bei strafrechtlichen Erlassen; Menschenrechts-Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten und Monitoring der Polizeiarbeit; Menschenrechtskurse und -veranstaltungen in Schulen, Vereinen und in der Öffentlichkeit; Unterstützung von Personen und ihren Angehörigen, welche auf der Krim oder im russisch-ukrainischen Grenzgebiet unter Vorwänden verhaftet oder bestraft werden. Finanziert wird das CCL, bei dem 11 Personen in Teilzeit angestellt sind und viele Freiwillige mitarbeiten, weitgehend von deutschen und US-amerikanischen Stiftungen und Amtsstellen, ferner von der EU. Offenbar kann das CCL in der Ukraine frei arbeiten, teilweise sind Regierungsstellen sogar froh um das Knowhow des CCL. Versuche der ukrainischen Regierung, die NGOs zu kontrol-

lieren seien abgebrochen worden, weil sich die NGOs dagegen gewehrt haben.



Höhenkloster Lavra in Kyiv
Bild Franziska Rich

Dass die Arbeit der OSZE für die Ukraine enorm wichtig ist, hat der stv. Missionschef der Schweizer Botschaft, Christoph Späti, betont. Auch wenn die Abkommen von Minsk nur teilweise umgesetzt werden, trägt die SMM (Special Monitoring Mission) der OSZE im Donbass zur De-Eskalation bei und verhindert Schlimmeres. Die Trilaterale Kontaktgruppe bewirkt immerhin gewisse humanitäre Erfolge, so einen Gefangenaustausch oder Reparaturen von beschädigter Versorgungsinfrastruktur (Wasser, Elektrizität) im Krisengebiet. Dass die OSZE auch Veranstaltungen zur Menschenrechtsbildung unterstützt, haben wir beobachtet, als wir die Ukrainische Katholische Universität in Lviv besuchten, an der gerade eine Tagung zu Fragen der Medien und der Medienfreiheit stattfand: in der Eingangshalle stand ein Bild mit dem Logo der OSZE.



Ukrainische Katholische Universität
Bild Franziska Rich

Die Schweiz unterstützt die Aufbauarbeit in der Ukraine. Einerseits fördert sie die Arbeit der OSZE, andererseits besteht ein bilaterales Programm der Friedensförderung, der technischen Zusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit der Ukraine. Es umfasst die Beratung von Ministerien, z.B. bei der Prävention von Folter durch Sicherheitspersonal, humanitäre Hilfe (z.B. Versorgung mit Medikamenten und Wasseraufbereitung auf beiden Seiten der Demarkationslinie), sowie technische Zusammenarbeit im Bereich Gouvernanz (Dezentralisierung), Gesundheitsförderung, nachhaltiges Energiemanagement und städtische Entwicklung und wirtschaftliche Entwicklung.

Wir sind mit vielen Eindrücken zurückgekehrt und mit dem Wunsch, dass der Friede in die Region zurückkehrt, damit sich der Staat und die Wirtschaft entwickeln können zum Wohl der gesamten Bevölkerung.

Christoph Lanz, Präsident SHV

